

28. März 2009**größte Demonstrationen in Deutschland seit Ausbruch der Krise**

Insgesamt 55.000 Menschen haben am 28. März in Berlin und Frankfurt am Main unter dem Motto: „wir zahlen nicht für eure Krise“ demonstriert. In Berlin nahmen 30.000 Menschen an der Demonstration teil, in Frankfurt am Main waren es 25.000. Es waren die größten Demonstrationen in Deutschland seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise. Ziel der Demo war, eine Protestbewegung in Gang zu setzen. Dieses Ziel wurde erreicht. Ob diese Protestbewegung Erfolge verzeichnen kann, hängt davon ab, ob es uns gelingt, sie über einen langen Zeitraum weiterzuführen, zu verbreitern und kämpferische Formen des politischen Druckausübens zu entwickeln.

Parallel gingen auch in zahlreichen anderen Ländern die Menschen auf die Straße; in London waren es mehrere Zehntausend, in Wien 20.000. Weitere Demos gab es u. a. in Frankreich, Italien, Spanien, Norwegen, Japan, Kanada, Indien, Kenia.

Breites Bündnis von 200 Organisationen

Trotz der kurzen Vorbereitungszeit von ca. 10 Wochen konnten ca. 200 Organisationen für den Aufruf gewonnen werden – eine breite, aber auch vielfältige Basis. Darunter viele Netzwerke, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Sozialinitiativen, christliche Gruppen, Friedensbewegung, Antifa, Migrantenvereine, politische Organisationen und über 50 Gewerkschaftsgliederungen. Von verdi haben über 20 mehrheitlich große Bezirke und Landesbezirke aufgerufen, von IGM knapp 20 mehrheitlich eher kleinere Verwaltungsstellen. Auch GEW, IG Bau und IG BCE-Gliederungen haben aufgerufen. Diese breite Einbeziehung der gewerkschaftlichen Gliederungen ist ein großer Erfolg, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die Gewerkschaftsvorstände nicht aufgerufen haben, zum Teil sogar offen dagegen polemisiert und die Mobilisierung behindert haben.

**Ziele der Demo**

Einmütig forderten die RednerInnen auf den Kundgebungen, dass die Verursacher der Krise für die Kosten aufkommen, beispielsweise durch eine Millionärssteuer und eine Sonderabgabe auf hohe Vermögen. Sie forderten mehr Geld für Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, öffentliche Infrastruktur und Gesundheit sowie einen sozialen Schutzschirm für Beschäftigte, Erwerbslose sowie Rentnerinnen und Rentner. Hartz IV müsse ebenso weg wie die weiteren Gesetze der Agenda 2010. Stattdessen ist ein armutsfester Mindestlohn und die existenzsichernde Erhöhung des Eckregelsatzes notwendig.

Einig ist sich das Bündnis auch darin, die Krise nicht auf die Menschen des globalen Südens abzuwälzen, die heute schon stark unter den Folgen der Krise leiden, und dass ein weiterer Raubbau an der Natur und Belastung des Klimas verhindert werden muss.

Wie weiter?

Als beispielhafte Gegenwehr bezeichnete das Bündnis die millionenfach befolgten Generalstreiks in Frankreich mit jeweils 2 bis 3 Millionen TeilnehmerInnen. Auch in Deutschland muss das **politische Streikrecht** zurückerobert werden. Ein **in Etappen vorbereiteter Generalstreik** würde wesentlich zur Durchsetzung der sozialen und politischen Forderungen beitragen. Notwendig ist, dass die **Gewerkschaften aktiver Teil einer sozialen und politischen Bewegung** werden, die heftige Gegenwehr gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung entwickelt und ein **politisches Sofortprogramm** auf die Agenda setzt, das als **grundlegende Alternative gegen die kapitalistische Krisenlösungsstrategien** wahrnehmbar ist.

Homepage des Bündnisses:

www.28maerz.de

Vernetzte Aktionen und gemeinsame Kämpfe

Continental: Gemeinsame Demo

3.000 Conti-ArbeiterInnen, unter ihnen 1.200 mit dem Sonderzug aus Frankreich angereiste, demonstrierten am 23. April gemeinsam in Hannover gegen die Schließung von 3 Werken in Europa und der Vekleinerung weiterer Standorte.

Continental gehört zwar jetzt zur Schaeffler-Gruppe, aber die Methoden sind die gleichen geblieben: erst die Produktionskosten drücken, den Beschäftigten geringere Löhne, längere Arbeitszeiten, längere Maschinenlaufzeiten, also Ausweitung des Schichtbetriebs abpressen – nur so könnten die Arbeitsplätze „gesichert“ werden. Dann der Fußtritt von Continental: heute trifft es die 1.120 Arbeiter im französischen Conti-Werk in Clairoux, nachdem bereits den 780 Beschäftigten im Hannoveraner Stammwerk das Ende angekündigt worden war. Und das ist erst der Anfang: Durch die finanzielle Schiefelage der Schaeffler-Gruppe nach dem Einstieg bei Continental stehen in Deutschland 80.000 und weltweit 220.000 Arbeitsplätze auf der Kippe. Deshalb hatte auch bereits am 26. März in Hannover eine erste Kundgebung mit 5.000 Beschäftigten der Schaeffler-Gruppe stattgefunden.

Ende April machten sich wütende Beschäftigte in Frankreich/Clairoux über den Begrüßungspavillon ihres Werkes her, nachdem sie zuvor das Gebäude der Regionalverwaltung in Compiègne gestürmt und Büros verwüstet hatten. Auslöser war ein Gerichtsentscheid, nach dem Conti das Werk Clairoux mit 1120 Arbeitsplätzen schließen darf.

Weitere Infos unter:

<http://www.labournet.de/branchen/chemie/conti/index.html>

Mahle: Ein Konzern steht auf Erfolgreicher Kampf für Erhalt der Arbeitsplätze

Wenn es nach dem Vorstand geht, wird das Werk in Alzenau mit 424 Beschäftigten und 12 Azubis im Juni geschlossen. Dagegen setzt sich die Belegschaft in Alzenau zur Wehr. Unter dem Motto „**Ein Region steht auf**“ sind bereits am 18.4.09 um die 3.000 Menschen in Alzenau auf die Straße gegangen, darunter auch Beschäftigte des Konkurrenzunternehmens Kolbenschmidt. Es wurde eine Mahnwache eingerichtet, die von KollegInnen aus anderen Betrieben unterstützt wird.

Aus Solidarität mit der Belegschaft in Alzenau haben die Gewerkschaften der Mahle-Werke einen europa-weiten Aktionstag unter dem Motto „**ein Konzern steht auf**“ organisiert. Höhepunkt war die Kundgebung in Stuttgart mit 2.500 Kolleginnen und Kollegen. Aus allen Werken in Deutschland von Kiel bis Zell im Wiesental waren Delegationen nach Stuttgart gekommen. Aus Brasilien traf ein Solidaritätsschreiben der Gewerkschaft CUT ein. In den Wochen zuvor hatten von den 9.700 Beschäftigten der deutschen Mahle-Werke 6.700 gegen die Schließung des Werkes Alzenau unterschrieben.

Mehr Infos unter: www.mahle-soli.de

Das Beispiel der mexikanischen Continental-Arbeiter

Eine ganz *andere* Antwort haben die Kollegen des zu Conti gehörenden Euzkadi-Reifenwerks in Mexiko gegeben, als Conti 2001/2002 den Betrieb dicht machen wollte. In einem äußerst zähen Kampf, der sich über drei Jahre hinzog, gelang es ihnen und der von ihnen aufgebauten Basis-Gewerkschaft, mexiko-weite und internationale Solidarität, Unterstützung durch andere Gewerkschafter und Nichtregierungsorganisationen zu gewinnen und sich auch juristisch durchzusetzen: das Werk wurde nicht geschlossen, vielmehr übernahmen sie es als Kooperative und eröffneten es erneut im Jahre 2005, und führten seither die Produktion in Selbstverwaltung weiter

Von diesem Kampf, aber auch von den Mühen einer Kooperativwirtschaft erzählt ein gerade erschienenes Buch. Da die Internationalisierung des Konflikts für den Erfolg wichtig war, kommen verschiedene Nichtregierungsorganisationen und gewerkschaftliche Basisgruppen zu Wort, die den Protest buchstäblich bis zur Konzernzentrale in Hannover getragen haben.“



Gregor Maaß/Lars Stubbe

Contra Continental

Der Kampf der mexikanischen Euzkadi-Arbeiter gegen den deutschen Reifenkonzern

220 Seiten, 8 Seiten Fototeil

22,00 Euro

ISBN 978-3-89900-129-7

Neuer ISP Verlag

Weitere Informationen unter:

www.neuerispverlag.de

Aktion der Daimler-Kollegen bei der Aktionärsversammlung in Berlin



Daimler-Kollegen fordern am Haupteingang der Aktionärsversammlung mit Zetsche - Masken das 2 Milliarden- Notopfer bei den Aktionären ein: „Die Reichen sollen ihre Krise selber zahlen!“

Weitere Infos unter:

www.labournet.de/branchen/auto/dc/allg/dcwn0409.pdf

Fabrikbesetzungen: Antwort auf Massenentlassungen und Betriebsschließungen?

Bei den meisten Auseinandersetzungen der nächsten Zeit wird es um **Massenentlassungen und Betriebsschließungen** gehen. Die Folgen davon sind besonders einschneidend für die Betroffenen und der Widerspruch zwischen den Interessen von Kapital und Arbeit tritt hier in aller Deutlichkeit hervor. Abgesehen von einer fadenscheinigen „Informationspflicht“ sind die üblichen gewerkschaftlichen und rechtlichen Waffen hier stumpf. In aller Regel beschränkt sich der „Kampf“ auf das Aushandeln von sog. „Sozialplänen“, mit denen die Folgen der Massenentlassungen gemildert, diese selbst jedoch überhaupt nicht verhindert werden. Beispiele, wo dieses „Ritual“ gestört wurde und Betriebe oder Werkstore besetzt wurden, sind leider nicht sehr zahlreich, aber in letzter Zeit doch wieder vereinzelt aus etlichen Ländern zu hören. So gab es in den USA zum ersten Mal seit Jahrzehnten eine **Fabrikbesetzung** bei Lee Sustar in Chicago. Weitere Fabrikbesetzungen gab es in der Schweiz in Bellinzona bei Officine, in Mailand bei INNSE, in England und Nordirland beim Autozulieferer Visteon, in Deutschland bei der Fahrradfabrik Bike Systems in Nordhausen.



Die Besetzung eines Betriebs und dessen Weiterführung in Selbstverwaltung zeigt allen von Entlassung bedrohten ArbeiterInnen einen Ausweg, um sich gemeinsam erfolgreich gegen Arbeitslosigkeit und Elend zur Wehr zu setzen. Gleichzeitig beweist ein selbstverwalteter Betrieb, dass es weder einen Fabrikbesitzer noch Aufseher braucht, um zu produzieren. Auch wenn der Versuch meist nur

kurze Zeit dauert, wird mit der Betriebsbesetzung und der Organisation der Produktion durch die ArbeiterInnen selbst, die Produktionsweise der Zukunft praktiziert und sie sammeln Erfahrungen, die ihnen niemand nehmen kann.

Die kleine Broschüre **"Betriebsbesetzungen als wirksame Waffe im gewerkschaftlichen Kampf - Eine Studie aktueller Beispiele"** hält ihr Versprechen ein. Auf 63 Seiten werden in einem wohlthuend sachlich-analytischem Stil fünf Fälle im Jahr 2008 untersucht, bei denen es um den Kampf gegen Massenentlassungen und Werksschließungen ging. Wie im Titel angekündigt, wird ein besonderes Augenmerk auf die Aktionsform der Betriebsbesetzung gelegt und anhand der konkreten Erfahrungen der Frage nachgegangen, welche Voraussetzungen und Bedingungen zur Entwicklung erfolgreicher Betriebsbesetzungen notwendig sind. Die Broschüre kann für 2 Euro plus Versandkosten bezogen werden bei indiana.thomann@bluewin.ch. Weitere Infos unter: <http://www.labournet.de/internationales/it/innseindex.html>

Frankreichs Arbeiter wehren sich: Eingespernte "Diktatoren"

Die Bosse sind drin: Auf doppelte Weise. Zum einen bleiben sie und entlassen die Anderen. Und manchmal, und in Frankreich zunehmend öfter, sind sie drin. Weil sie nicht mehr rauskommen - weil die Anderen draußen sind. Das „Bosssnapping“ ist oftmals der verzweifelte Aufschrei einer Belegschaft, die andernfalls ohne Stimme und Einfluss ist. Bei Firmen wie Caterpillar, Sony, 3M, FM Logistic, Scapa und dem Autozulieferer Faurecia haben die jüngsten „Geiselnahmen“ von Managern dazu geführt, dass neue Verhandlungen über die Entlassungspläne aufgenommen wurden. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitut CSA ergab kürzlich, daß 56 Prozent der Arbeiter das Vorgehen gegen die Manager gutheißen.

Weitere Infos unter:
www.labournet.de/internationales/fr/protestform.html

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt
Tel: 06182/782306 / E-Mail: HKroha@t-online.de
Redaktionsschluss: 28. April 2009

Den Saft abgedreht: Variantenreiche Kampfformen in Frankreich

„Nach mehreren erfolgreichen Blockaden von Managern in ihren Büros verfolgen nun die Beschäftigten der staatlichen Strom- und Gasversorger EdF und GdF die Nadelstichtaktik: Die Kombination von Streiks und punktuellen Versorgungsstopps soll ihrem Kampf für Lohnerhöhungen und gegen Outsourcing Gehör verschaffen. Am vergangenen Freitag wurde 66500 Haushalten vorübergehend der Strom abgestellt. Drei Tage zuvor waren 10.000 Familien ohne Gas. Obwohl die Unterbrechungen jeweils nur eine halbe bis dreiviertel Stunde dauerten, verfehlten sie ihre Wirkung nicht. Auch jetzt gab es wieder sehr populäre Aktionen. So wurde – um die Firmenleitung an einem wunden Punkt zu treffen und die Unterstützung in der Bevölkerung zu erhöhen – Haushalten, die ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten, der Strom wieder angeschaltet und in einigen Gemeinden den Beziehern auch tagsüber der preisgünstige Nachtтарif berechnet...“

Aus einem Artikel von Raoul Rigault in der Tageszeitung „**Junge Welt**“ vom 23. April 2009

Weitere Infos unter:
<http://www.jungewelt.de/2009/04-23/031.php>

Solidarität statt Verzicht – Wir zahlen nicht für eure Krise! Kämpfen statt verzichten - Politischen Streik vorbereiten

Im DGB-Aufruf zur Demo am 16. Mai heißt es: „EGB und DGB fordern: Ein erweitertes Konjunkturprogramm: Für mehr und bessere Jobs und Ausbildungsplätze, für sichere Arbeitsplätze, für Investitionen in nachhaltige Zukunftstechnologien und für den Verbleib wichtiger Dienstleistungen in öffentlicher Verantwortung“.

Doch wie wir zu mehr und besseren Arbeitsplätzen kommen sollen, wird in dem Aufruf nicht ausgeführt. Auch aufgrund der Gewerkschaftspolitik der letzten Zeit ist nicht zu erwarten, dass wir auf der Kundgebung eine Abkehr von der Verzichtspolitik zu hören bekommen. Stattdessen setzt beispielsweise der IG Metall-Vorstand weiterhin auf ökologisch wie wirtschaftlich so widersinnige Instrumente wie die Abwrackprämie: Sie fördert die vorzeitige Vernichtung tauglicher Fahrzeuge und kann letztlich doch nur bestimmte Autokäufe vorziehen. In keinem Fall kann damit den weltweiten Überkapazitäten (nicht nur in der Autoindustrie) begegnet werden.

Diese Krise haben die Beschäftigten nicht verursacht und nicht zu verantworten. Jahrzehntlang haben beispielsweise die Automobilkonzerne im Bestreben nach Milliardenprofiten Überkapazitäten von nunmehr mindestens 20 Mio. Kfz jährlich aufgebaut, mit der Folge, dass jede vierte Autofabrik vor dem Aus steht. Wer den Klimawandel begrenzen will und wer eine wirtschaftlich sinnvolle Perspektive eröffnen will muss auf folgende Kombination setzen:

Umbau der Autoindustrie

Investition in Arbeitsplätze zur Erforschung, Entwicklung und Produktion emissionsfreier Antriebe und der dazu notwendigen regenerativen Energien. Weg vom motorisierten Individualverkehr und Ausbau eines umweltverträglichen Verkehrssystems (Busse, Bahnen usw.) und Produktion von gesellschaftlich nützlichen Gütern wie Blockheizkraftwerke, Windräder usw. Wenn die Aktionäre der Automobilkonzerne dies nicht wollen, müssen sie enteignet werden. Das gleiche gilt für die Banken, die in **Öffentliche Hand zu überführen** sind und von den Beschäftigten kontrolliert werden müssen. Nur so kann der Spekulation und der Verschleuderung öffentlicher Gelder Einhalt geboten werden.

Arbeitszeitverkürzung

Wir fordern, dass die vorhandene Arbeit auf mehr Schultern verteilt wird. Wettbewerbslogik und Verzicht

mit so genannten Standortsicherungsvereinbarungen haben im Ergebnis massenhaft Arbeitsplätze vernichtet und die Krise weiter verschärft. Angesichts weltweiter Überkapazitäten – nicht nur in der Autoindustrie – sind weitere Produktionssteigerungen als Ausgleich für die Rationalisierungseffekte nicht mehr möglich. Der einzig wirksame Weg, Arbeitsplätze langfristig zu erhalten, ist eine deutliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgeltausgleich. Deshalb treten wir ein für:

- **30 Stundenwoche, nur bei vollem Entgelt- und Personalausgleich**
- **Weg mit der Rente mit 67, Rente mit 60 ohne Abschläge.**

Breite gesellschaftliche Bewegung

Das werden wir weder durch Lobbypolitik durch gute Vorschläge für ein Konjunkturprogramm noch durch Betteln und Verzicht erreichen können. Für diese Ziele muss in den Gewerkschaften und weit darüber hinaus eine breite gesellschaftliche Bewegung aufgebaut werden, damit die KollegInnen, auf deren Kampfkraft es letztlich ankommen wird, nicht allein gelassen sind. Doch auch das reicht in der heutigen Situation nicht. Als unmittelbare Maßnahmen in der gegenwärtigen Krise fordern wir einen

Sozialen Schutzschirm

Der ständigen Ausdehnung des Niedriglohnssektors muss Einhalt geboten werden. Dies geht nur über die Durchsetzung eines für alle Branchen gültigen gesetzlichen **Mindestlohns von heute wenigstens 10 € in der Stunde**, am besten lohnsteuerfrei, denn das Existenzminimum darf nach unsrer Ansicht nicht besteuert werden.

Allen Erwerbslosen und nicht Erwerbsfähigen muss eine **repressionsfreie Grundsicherung von wenigstens 500 €** plus Warmmiete zur Verfügung stehen.

Bildung eines gemeinsamen Blocks

Um auf der Kundgebung am 16. Mai gegenüber der Verzichtspolitik ein Zeichen zu setzen, rufen wir auf zur Bildung eines gemeinsamen Blocks „10 – 30 – 500“ zusammen mit allen Menschen der sozialen Bewegung: 10 Euro Mindestlohn, 30-Stundenwoche bei vollem Entgelt- und Personalausgleich. Anhebung des Eckregelsatzes auf 500 € im Monat. Weg mit Hartz IV.

Solidarität statt Verzicht – Wir zahlen nicht für eure Krise! – Kämpfen statt verzichten!



**BUNDESWEITER
BILDUNGSSTREIK
2009 15.-19. Juni**

Ziel des Bildungstreiks ist es, eine Diskussion zur Zukunft des Bildungssystems anzuregen. Des Weiteren sollen Möglichkeiten einer fortschrittlichen und emanzipatorischen Bildungs- und Gesellschaftspolitik aufgezeigt und durchgesetzt werden.

Weitere Infos unter:

<http://www.bildungstreik2009.de/>

**Weitere Infos über die
Gewerkschaftslinken und ihre
örtlichen Foren gibt es im Labournet
unter www.labournet.de/GewLinke/
Wer Kontakt aufnehmen möchte findet
dort bundesweite und örtliche
AnsprechpartnerInnen.**